

Niederschrift

über die 41. Sitzung des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses
am 04.12.2003 im Kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

An der Sitzung nehmen folgende Ratsmitglieder, Sachkundige Bürgerinnen/Bürger bzw. Sachkundige Einwohner teil:

Schmitz, Peter,	Ausschussvorsitzender
Bochem, Hans-Peter,	Ratsmitglied
Borowski, Helma,	Ratsmitglied
Doose, Friederike,	Ratsmitglied
Esser-Faber, Margarete,	Ratsmitglied abwesend
Fink, Ulrike,	Ratsmitglied abwesend
Hövelmann, Jens,	Ratsmitglied abwesend
Kieven, Ansgar,	Ratsmitglied abwesend
Müller, Heinz,	Ratsmitglied abwesend
Stauch, Ingrid,	Ratsmitglied
Steufmehl, Helmut,	Ratsmitglied 17:50 - 19:03 Uhr
van Snick, Doris,	Ratsmitglied
Viertmann, Karl,	Ratsmitglied
Gundelach, Klaus,	Sachkundiger Bürger 16:05 - 18:00 Uhr
Hintzen, Ulrich,	Sachkundiger Bürger
Lorscheid-Kratz, Kathleen,	Sachkundige Bürgerin abwesend
Sauer, Karl,	Sachkundiger Bürger
Viehöfer, Hildegard,	Sachkundige Bürgerin
Talarek, Anke,	Ratsmitglied mit beratender Stimme abwesend
Gödde, Günter,	Vertreter der Kirchen mit beratender Stimme abwesend
Dr. Kreßner, Thomas,	Vertreter der Kirchen mit beratender Stimme 16:05 -
18:40 Uhr	
Wirth, Beate,	sachkundige Einwohnerin abwesend
Dohmen, Martina,	stellvertretende Sachkundige Bürgerin für Müller, Heinz
Eickenhorst, Dirk,	stellvertretender Sachkundiger Bürger für Kieven, Ansgar
Gunia, Wolfgang,	Vertretendes Ratsmitglied 17:15 - 17:50 Uhr für Steuf-
mehl, H.	
Hilgers, Markus,	stellvertretender Sachkundiger Bürger für Fink, Ulrike
Laufs, Jürgen,	stellvertretender Sachkundiger Bürger für Anke Talarek
Pott, Hildegard,	Vertretendes Ratsmitglied für Esser-Faber, Margarete
Dr. Schumacher, Helmut,	Vertretendes Ratsmitglied für Hövelmann, Jens
Wilms, Wilfried,	Vertretendes Ratsmitglied 16:05 - 17:15 Uhr für Steuf-
mehl, H.	
Mauermann, Dietmar	stellvertretender sachkundiger Einwohner für Wirth, Beate

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Dezernent Krause in Vertretung des Bürgermeisters
Herr Holz zugleich als Schriftführer
Frau K. Esser bis TOP 7 teilweise
Herr Marx zu TOP 7
Frau Wagner zu TOP 8

Als Gäste sind anwesend:

Frau Schweitzer zu TOP 3

Frau Hamiti und zwei Jugendliche zu TOP 4

Der Vorsitzende eröffnet gegen 16:05 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Dietmar Mauermann vom Vorsitzenden durch Verlesen der Formel und Handschlag vereidigt.

Von StV Bochem wird vorgeschlagen, den TOP 3 des nichtöffentlichen Teils als TOP 8 in den öffentlichen Teil vorzuziehen. Der Ausschuss ist hiermit einverstanden.

Die Tagesordnung stellt sich demnach wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
 - 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 1.1. Kindergartenplätze im Bereich Barmen/Koslar/Merzenhausen
 - 1.2. Anmeldung Schulneulinge
 - 1.3. Offene Ganztagschule
hier: Stellungnahme der Schulkonferenz der Gemeinschaftsgrundschule Süd
 - 1.4. Zukunft der städtischen Jugendarbeit
 - 1.5. Kündigung von Schülerverträgen an der Musikschule
 - 2. Anfragen
 - 2.1. Anfrage der Stadtverordneten Doose vom 27.11.2003;
hier: Unterbringung von Flüchtlingsfamilien in Übergangsheimen
 - 3. Freiwilligenzentrum
hier: Bericht
 - 4. Jugendarbeit in Aldenhoven, Vortrag der Frau Hamiti
 - 5. Qualitätsmanagement in Tageseinrichtungen für Kinder
hier: Bericht der Sozialplanung
 - 6. Ökoschulprogramm
Antrag Nr. 41/2003 der UWG JÜL-Fraktion vom 24.10.2003
 - 7. Erhöhung der Benutzungsentgelte für außerschulische Nutzungen von Schulräumen sowie für die Nutzung der Stadthalle und der Bürgerhallen in Broich, Bourheim, Güsten, Merzenhausen und Stetternich
 - 8. Personalangelegenheit bei der Betreuung von Flüchtlingen
(Antrag Nr. 22/2003 der SPD-Fraktion vom 13.7.03 und
Antrag Nr. 30/2003 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 2.9.03)
- B. Nichtöffentlicher Teil
 - A. **Öffentlicher Teil**
 - 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 1.1. Kindergartenplätze im Bereich Barmen/Koslar/Merzenhausen

(Vorlagen-Nr.: 589/2003)

Von der KDvZ wurden die aktuellen Zahlen der Kinder abgerufen, die im Bereich Barmen/ Koslar/Merzenhausen wohnen und zwischen Juli 98 und Dez. 01 geboren sind.

Unter Berücksichtigung der frei werdenden Plätze und der Kinder, die heute schon Kindergärten außerhalb dieses Bereichs besuchen, ergibt sich für das kommende Kindergartenjahr folgende Aufnahmesituation:

Koslar

115 Kinder	Geburten zwischen Juli/98 und Dez./01,
58 Kinder	bleiben ab 1.9.04 in der KiTa Koslar,
5 Kinder	sind jetzt schon in Barmen untergebracht,
13 Kinder	sind jetzt schon in der Innenstadt untergebracht,
4 Kinder	angemeldet ab 1.9.04 für Broich, Innenstadt, AWO, Kl. Füchse,
<u>42 Kinder</u>	ab 1.9.04 in Koslar frei werdende Plätze,
7 Plätze	Überhang.

Hierbei sind noch nicht die Kinder berücksichtigt, die auf Antrag in das Schuljahr 2004/05 vorzeitig eingeschult werden.

Die 7 Plätze stehen für Koslarer Kinder zur Verfügung, die von Kindertageseinrichtungen außerhalb von Koslar zurück möchten. Ansonsten werden ab dem 1.1.2002 geborene Kinder aufgenommen, sobald sie 3 Jahre alt sind.

Barmen/Merzenhausen

61 Kinder	Geburten zwischen Juli/98 und Dez./01,
43 Kinder	bleiben ab 1.9.04 im Kindergarten Barmen,
<u>7 Kinder</u>	ab 1.9.04 in Barmen frei werdende Plätze,
11 Plätze	Unterdeckung

Die fehlenden Plätze können durch Fortsetzung der AWO-Spielgruppe in der Schule Barmen ausgeglichen werden.

1.2. Anmeldung Schulneulinge (Vorlagen-Nr.: 593/2003)

An den städtischen Grundschulen sind nach den Herbstferien die Anmeldungen der Schulneulinge mit folgendem vorläufigem Ergebnis erfolgt:

KGS	93
GGs Nord	102
GGs Ost	46
GGs Süd	57
GGs West	72

Während die Anmeldezahlen für die übrigen Grundschulen hinsichtlich der Raumsituation unproblematisch sind, zeichnet sich an der GGS West ab, dass erneut eine

dritte Eingangsklasse gebildet und somit ein zusätzlicher Klassenraum geschaffen werden muss.

Schulverwaltungs- und Hochbauamt haben bereits mit der Schulleitung Kontakt aufgenommen und bei einem Ortstermin eine mögliche Lösung besprochen, die noch näher geprüft werden muss. Auf Anfrage macht die Verwaltung hierzu nähere Angaben.

Der Ausschuss wird weiter unterrichtet.

1.3. Offene Ganztagschule
hier: Stellungnahme der Schulkonferenz der Gemeinschaftsgrundschule Süd
(Vorlagen-Nr.: 595/2003)

Wie in der letzten Ausschusssitzung beschlossen, ist die Schulkonferenz der Gemeinschaftsgrundschule Süd gebeten worden, einen Antrag auf Einführung der offenen Ganztagschule zu stellen.

Das Protokoll der Sitzung der Schulkonferenz der GGS Süd zu diesem Thema wird in der Sitzung verteilt.

Der Schulleiter konnte aus Krankheitsgründen und die Konrektorin wegen Mutterschafts-urlaub nicht an der Sitzung teilnehmen.

Zwischen der Verwaltung und dem Ausschussvorsitzenden besteht Einvernehmen, dass das Thema zu der Sitzung des KuSSS-Ausschusses am 18.12.2003 auf die Tagesordnung genommen wird.

1.4. Zukunft der städtischen Jugendarbeit
(Vorlagen-Nr.: 582/2003)

Am 26.11.03 fand das erste Treffen des Arbeitskreises „Zukunft der städtischen Jugendarbeit“ statt. Vertreter der CDU- und FDP-Stadtratsfraktion nahmen nicht teil. Die Verwaltung legte einen Zielkatalog auf der Grundlage der Anträge der Fraktionen sowie eine aktuelle Bestandsaufnahme zur Kinder- und Jugendarbeit im Stadtkern und den Stadtteilen vor.

Darüber hinaus unterbreitete sie sechs Szenarien, wie die städtische Jugendarbeit zukünftig gestaltet werden kann. Der Arbeitskreis bewertete zwei Szenarien als zielführend. Es ist mindestens eine weitere Sitzung des Arbeitskreises erforderlich, um eine Weichenstellung für die weitere Prüfung vornehmen zu können.

StV Bochem bittet darum, den Fraktionen das Protokoll der Arbeitskreissitzung zur Verfügung zu stellen.

1.5. Kündigung von Schülerverträgen an der Musikschule
(Vorlagen-Nr.: 594/2003)

Zum 01.08.2003 gingen insgesamt 65 Kündigungen auf Schülerverträge ein. 30 wurden ausdrücklich mit dem gestiegenen Schulgeld begründet.

Zum Vergleich: Zum 01.08.2002 gab es 50 Kündigungen, 2001 = 70 Kündigungen, 2000 = 75 Kündigungen.

In allen Jahren konnten die frei werdenden Stunden wieder belegt werden.

2. Anfragen

2.1. Anfrage der Stadtverordneten Doose vom 27.11.2003;
hier: Unterbringung von Flüchtlingsfamilien in Übergangsheimen
(Vorlagen-Nr.: 596/2003)

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stommel,
ich bitte in der o. gen. Sitzung folgende Fragen zu beantworten:

- Wie viele Familien leben derzeit in städtischen Übergangsheimen?
- Wie viele Personen gehören jeweils zu diesen Familien?
- Wie viele Personen leben länger als drei Jahre in einer Übergangseinrichtung?
- Wie lange ist es im Einzelfall?

Antwort :

Vorab sei darauf hingewiesen, dass in den nachfolgenden Antworten nicht nur alle Flüchtlingsfamilien aufgeführt sind, die in reinen Übergangsheimen wohnen, sondern auch Flüchtlinge, die in angemieteten Wohnungen leben und sich diese mit mindestens einer Familie teilen.

1. 19 Familien

2. 74 Personen

3. 43 Personen in 9 Familien

4. Die längste Unterbringungsdauer einer Familie beträgt derzeit 11 Jahre, 7 Monate, die zweitlängste 8 Jahre, 5 Monate; die kürzeste beträgt derzeit 1 Jahr, 7 Monate.

3. Freiwilligenzentrum
hier: Bericht
(Vorlagen-Nr.: 558/2003)

Frau Schweitzer geht auf die Entstehung des Freiwilligenzentrums ein. Sie beschreibt den Aufbau und gibt einen Überblick seine Arbeit.

Der Ausschuss nimmt den Vortrag zur Kenntnis. In der anschließenden kurzen Aussprache beantwortet Frau Schweitzer Fragen der Ausschussmitglieder.

4. Jugendarbeit in Aldenhoven, Vortrag der Frau Hamiti
(Vorlagen-Nr.: 561/2003)

Frau Hamiti berichtet über ihre Arbeit als "Streetworkerin" in der Gemeinde Aldenhoven. Ihre Tätigkeit bezeichnet sie als problemorientierte aufsuchende Jugendarbeit. Sie erläutert, wie sie vorgegangen ist, um Kontakt zu den Zielgruppen zu bekommen. Als Beispiel für die Erfolge berichten zwei Jugendliche über ihre persönlichen Erfahrungen und ihren Werdegang.

Der Ausschuss nimmt den Vortrag zur Kenntnis. Auf Nachfrage der StV Doose teilt Frau Hamiti mit, dass nach ihrer Ansicht auch aufsuchende Jugendarbeit nicht ohne eine feste Anlaufstelle auskommen kann. Diese hat sie in Aldenhoven im Ju-

gendheim. Auf weitere Nachfrage erklärt sie, dass sich ihre Tätigkeit derzeit auf den Kernort Aldenhoven beschränkt. Ihn auf die übrigen Ortschaften auszuweiten, war ihr bisher aus Zeitgründen nicht möglich, obwohl dies insbesondere für Siersdorf erforderlich wäre. Dort hätte sie auch im Jugendheim eine Anlaufstelle.

5. Qualitätsmanagement in Tageseinrichtungen für Kinder
hier: Bericht der Sozialplanung
(Vorlagen-Nr.: 568/2003)

Die Vorlage wird durch die Verwaltung ausführlich erläutert. Es schließt sich eine eingehende Diskussion an. Auf Anfrage des SB Laufs teilt die Verwaltung mit, dass die entstehenden Kosten aus dem in den Betriebskosten enthaltenen Fortbildungsfonds gedeckt werden.

Mehrere Ausschussmitglieder geben ihre Erfahrungen mit Qualitätsmanagement bekannt.

6. Ökoschulprogramm
Antrag Nr. 41/2003 der UWG JÜL-Fraktion vom 24.10.2003
(Vorlagen-Nr.: 569/2003)

Sachkundige Bürgerin Dohmen weist für die UWG JÜL-Fraktion auf die Bedeutung des Antrages hin; Sachkundiger Bürger Laufs gibt zu bedenken, dass das Konzept eines Ökoprogrammes für die gesamte Verwaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegt.

Auf Anregung des StV Bochem sagt die Verwaltung eine Prüfung zu, ob sich das Agenda-Büro in Zukunft mit dem Ökoschulprogramm befassen kann. Im übrigen werden durch die Verwaltung die Schulleiter in Kürze nochmals in dieser Angelegenheit angesprochen.

Für die Fraktionen der CDU und der FDP beantragt Sachkundiger Bürger Hintzen, den Antrag der UWG JÜL-Fraktion abzulehnen.

Es besteht Einvernehmen unter den Fraktionen, dass Maßnahmen, die geringe Mittel und Personalaufwand verursachen, umgesetzt werden sollen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, bei 0 Stimmenthaltung.

Der Antrag Nr. 41/2003 der UWG JÜL-Fraktion vom 24.10.03 wird nicht weiter verfolgt.

7. Erhöhung der Benutzungsentgelte für außerschulische Nutzungen von Schulräumen
sowie für die Nutzung der Stadthalle und der Bürgerhallen in Broich, Bourheim,
Güsten, Merzenhausen und Stetternich
(Vorlagen-Nr.: 573/2003)

Für die Fraktionen der SPD und der CDU wird erklärt, dass sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen werden. In der folgenden eingehenden Diskussion wird dieser Standpunkt begründet und es werden andere Modelle vorgeschlagen.

Dez. Krause weist auf das vom Rat beschlossene Haushaltssicherungskonzept hin, das die vorgeschlagene Erhöhung der Benutzungsentgelte bereits enthält. Im übrigen

gen müsse bei einigermaßen gut besuchten Veranstaltungen nur ein Aufschlag von wenigen Cent je Karte erhoben werden, um einen Ausgleich für die Entgelterhöhung zu erreichen.

Auf Antrag wird die Sitzung von 18.40 Uhr bis 18.45 Uhr unterbrochen.

Für die SPD-Fraktion wird beantragt den Beschlussvorschlag der Verwaltung im Ganzen abzulehnen und die alten Nutzungsentgelte zu belassen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, bei 0 Stimmenthaltung

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird abgelehnt.

Für die CDU-Fraktion wird beantragt, einen pauschalen Zuschuss von 10 % auf die bisherigen Entgelte für alle Nutzer zu erheben

Beschluss :

Abstimmungsergebnis : 11 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, bei 0 Stimmenthaltung

Dem Haupt- und Finanzausschuss wird zum Beschluss durch den Stadtrat empfohlen:

Die Benutzungsentgelte für die im Verwaltungsvorschlag aufgeführten städtischen Räume werden für Vereine, Privat und Gewerbe um auf volle € aufgerundete 10 % auf die bisherigen Benutzungsentgelte erhöht.

8. Personalangelegenheit bei der Betreuung von Flüchtlingen
(Antrag Nr. 22/2003 der SPD-Fraktion vom 13.7.03 und
Antrag Nr. 30/2003 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 2.9.03)
(Vorlagen-Nr.: 576/2003)

Frau Wagner verteilt ein Protokoll über ihre Arbeit im Zeitraum einer Woche. Sie weist in einer kurzen Erläuterung darauf hin, dass der tatsächliche Zeitaufwand für die von ihr geleistete Arbeit wesentlich höher ist, als der Stundenumfang ihres Honorarvertrages.

StV Doose weist auf die Bedeutung der Flüchtlingsarbeit durch Frau Wagner hin. Auf ihre Anfrage teilt die Verwaltung mit, dass der Weiterführung des Honorarvertrages evtl. die Gefahr eines Kettenarbeitsvertrages entgegenstehe. Dies sei aber rechtlich noch nicht abschließend geklärt. StV Doose bittet darum, dass Ergebnis der rechtlichen Prüfung in der nächsten Sitzung mitzuteilen.

B. Nichtöffentlicher Teil